

Das dicke Ende

1957 trat im westdeutschen Hochschulwesen in Bad Honnef ausgedachtes System der finanziellen Unterstützung eines zahlenmäßig sehr begrenzten Kreises von Studierenden in Kraft.

Nach diesem Hannefer Modell wird nach zehnjährigen Stipendienzahlungen für die ersten Semester ein Darlehen bis zu 2000 DM gewährt, das in fünf Jahresraten, beginnend drei Jahre nach einem festgesetzten Stichtag zurückzahlen ist. Doch nur für die ersten Darlehensempfänger ist eine Zahlungsfrist herabgesetzt, die nicht nur Rotenanzahlungen, sondern auch zahlreiche Stundungsanträge ein. Am Ende handelt es sich um die Angehörigen aller Berufe, denen es nicht möglich ist, die Darlehensschuld rechtzeitig abzutragen. Es kommt, daß die ehemaligen Studierenden nun inzwischen in einem Alter sind, wo eine Familie gründen. Und hier erweist sich die „Schuld“ aus der Studentenzeit als eine Belastung. („Die Welt“ vom 6. Juni 1964).

Außer dem Darlehen nach dem Hannefer Modell haben viele der mittellosen Studenten nach dem Aufhören der Stipendien gleichzeitig nach einem Kredit aus studentischen Darlehenskassen aufnehmen müssen, der bis zu 3000 DM beträgt und in der gleichen Frist zurückzuerstatten ist.

Das Fiasco ist so ganz und gar offensichtlich, daß selbst die großbürgerliche Welt sich gezwungen sieht, es ziemlich eindeutig einzugestehen. Aber im Grunde interessiert sie damit nur das am Ergebnis, was auf unser alle Talente sorglos freigesetztes Stipendensystem verweisend — was seit Jahren auch viele Stimmen aus Westdeutschland kritisieren.

Man muß eingestehen als die Tatsache der Tatsache, daß selbst die großbürgerliche Welt sich gezwungen sieht, es ziemlich eindeutig einzugestehen. Aber im Grunde interessiert sie damit nur das am Ergebnis, was auf unser alle Talente sorglos freigesetztes Stipendensystem verweisend — was seit Jahren auch viele Stimmen aus Westdeutschland kritisieren.

fakten

Gegen Notstand

Wegen die geplanten Notstandsbeschlüsse haben sich mit Entschiedenheit zehn politische Studentengruppen der Universität Bonn in ihrem Aufruf heißt es, daß die Notstandsbeschlüsse die Möglichkeit böten, die demokratischen Sicherheiten des Grundgesetzes zugunsten einer autoritären Staatsform zu verändern; sie könnten in Zukunft selbst gegen den Willen ihrer jetzigen Beteiligter — zu einem „Ermächtigungsgesetz“ und zu einem scheidenden Reichspräsidenten führen. Der Aufruf schließt mit der Bemerkung, daß jede zualtliche Verletzung der Verfassung der Bundesrepublik als Verbrechen angesehen werden kann.

Westdeutscher Hochschulbau im Verzug

Der ein unbefriedigendes Minimum der Investitionen des westdeutschen Wissenschaftsbereiches zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik im Jahre 1960 ist innerhalb von drei Jahren verwirklicht worden. Das muß die „Bonner Rundschau“ in einem Artikel unter der Überschrift „Hochschulbau im Verzug“ eingestehen. Die „Bonner Rundschau“ gibt zu, daß es sich bei den vom Wissenschaftsrat erarbeiteten Plänen zur Verwirklichung des Platzmangels an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen um sehr „gediegene und stichhaltige“ Überlegungen handelte, die keiner Neuaufgabe bedürftig sind.

Der Wissenschaftsrat hatte vor drei Jahren dringend erforderliche Hochschulinvestitionen in der Summe von 2,6 Milliarden angesetzt, das sind noch 500 Millionen D-Mark weniger, als der Bonner Ministerpräsident von Haasel zur Aufstockung der Bonner Rüstungsetats für das Jahr 1964 im Vergleich zu 1963 mehr beansprucht.

Arbeiteranteil erschreckend niedrig

Die Förderung, mehr Arbeiterkinder in Westdeutschland das Universitätsstudium ermöglichen, erhebt der in Bonn erscheinende sozialistische Pressedienst „Arbeiterzeitung“. Der Pressedienst rügt, daß sich jüngsten statistischen Ergebnissen zufolge der Anteil der Arbeiterkinder an der studierenden Jugend in der Bundesrepublik nur zwischen fünf und sechs Prozent bewegt. Der Pressedienst fordert, daß mindestens die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung zu Arbeiterkinder gehört, was es rechtfertigen würde, daß der Arbeiterkinderanteil an den westdeutschen Studenten 50 Prozent ausmacht.

Daume foult - das Spiel geht weiter

Hamburger Volleyballerinnen mußten auf die Zuschauerbänke

Ein einmaliges Volleyballspiel erlebten vor zehn Tagen in der alten Hansestadt Hamburg zahlreiche Zuschauer. Ein einmaliges Spiel, weil zwar die geladene Gastmannschaft in ihren bunten Jerseys den Ball über das Netz schmetterte, die Gastgeber aber an diesem Tag ihre Sportkleidung zu Hause lassen und statt auf dem Hallenparkett zu stehen, mit Plätzen auf der Zuschauerbank vorlieb nehmen mußten.

Die Gäste, das war die Frauen-Volleyball-Mannschaft der Karl-Marx-Universität, die einer Einladung der Hamburger Universität folgend, den Besuch der Volleyball-Mädels von der Waterkant anlässlich des 10. Jahrestages der Namensgebung der Karl-Marx-Universität erwiderte. Doch bereits der herzliche Empfang durch die Hamburger Studentensportler und die Vertreter des ASIA (Allgemeiner Studentenausschuß) der Hamburger Universität, die die Größe ihres Rektors überbrachten, wurde durch ein erneutes Bonner Störmanöver getrübt. Der westdeutsche Volleyballverband ließ nämlich zur Empörung von Gastgebern und Gästen durch seinen Hamburger Vertreter Olefei die Studentensportler wissen, daß sie für die bevorstehenden westdeutschen Meisterschaften gesperrt und aus dem Verband ausgeschlossen würden, falls sie gegen die Leipziger Vertretung spielten.

Dal trotz dem ein Spiel zustande kam, ist nicht zuletzt dem Willen der Hamburger Studentensportler zuzuschreiben, trotz Verboten durch die westdeutsche Sportführung eine Begegnung mit den Kommilitonen aus der DDR stattfinden zu lassen. Die Leipziger Studenten entsprachen ihrer Bitte, ein Demon-

strationsspiel gegen eine provisorisch zusammengesetzte Mannschaft, die nicht dem westdeutschen Volleyballverband angehört, durchzuführen. Die eigentliche Mannschaft des Gastgebers war dabei zum Zuschauen verurteilt. Doch selbst hier gab es noch Schwierigkeiten. Da dem westdeutschen Schiedsrichter ebenfalls mit Sperre gedroht wurde, piff schließlich Sportfreund Fritz Wehner, der Leipziger Trainer, das Spiel, das von seinen Spielerinnen mit einem klaren 3-Satz-Sieg gewonnen wurde.

Man kann es dem Hamburger Volleyballmädels gewiß nicht verübeln, daß sie sich durch die Drohungen mit Sperre und Ausschluss zwingen ließen, auf das Spiel gegen ihre Leipziger Sportfreundinnen zu verzichten. Die für den traditionsreichen HSV spielenden Mädchen sind schließlich westdeutscher Studentenmeister und rechnen sich auch bei den Verbandsmeisterschaften gute Chancen aus. Wichtiger als dieses nicht zustande gekommene Spiel ist wohl jenes andere mit der provisorischen Mannschaft unorganisierter Spielerinnen, wurden doch damit die Sportfeinde selbst zum Zuschauen gezwungen.

Die westdeutsche Sportführung disqualifizierte sich mit ihrem gegen den gesamtdeutschen Sportverkehr gerichteten Maßnahmen in den Augen der Hamburger Sportler um so mehr, als die Studentenvertreter der Hamburger Universität für dieses Spiel die ausdrückliche Genehmigung des Innenministers eingeholt hatten. Diese Maßnahmen machen nur deutlich, daß die Worte des westdeutschen Sportpräsidenten Daume vom sogenannten Sportverkehr auf der

untersten Ebene eben nur hohle Phrasen sind.

Doch das scheint den Hamburgern nicht unbekannt zu sein. Man hatte mit Störversuchen gerechnet. Dafür spricht die Handlung des Rektors der Universität, der eine universitätseigene Halle zur Verfügung stellte mit der Versicherung, sie unter seinem Hausrecht vor allen sportfeindlichen Zugriffen zu schützen.

Gespräche der Leipziger Delegation mit ASIA-Vertretern und Sportlern zeigten darüber hinaus, daß man überhaupt einen eigenen Standpunkt in bezug auf die westdeutsche Sportpolitik besitzt. So sprachen sich die Hamburgers eindeutig gegen die Versuche des West-NOK aus, das Weatherinproblem in den gesamtdeutschen Olympiaverhandlungen hochzuspielen und wegen solcher politischer Machenschaften diese Verhandlungen scheitern zu lassen. Andererseits zeigten sie sich überraschend gut über den Sieben-Punkte-Vorschlag Walter Ubrichts unterrichtet und betrachteten ihn als eine gute Grundlage für die Fortführung und Erweiterung der sportlichen Beziehungen zwischen ihrer Universität und der Karl-Marx-Universität.

Die Niederlage, die der westdeutsche Sportpräsident Daume und seine Paladine bei dieser Hamburger Begegnung mit Studentensportlern aus Leipzig hinnehmen mußten, wird noch unterstrichen durch die eindeutige Zusage der Hamburger Studenten, unter ihnen die Volleyballspielerinnen, auch in Zukunft Einladungen nach Leipzig anzunehmen und sich für neue Begegnungen in Hamburg einzusetzen.

Waffenträger überalterter Herr

Über die engen Bande zwischen Bonner Staat und Korporationen

In jüngster Zeit häufen sich die Anzeichen dafür, daß das Für und Wider an den Hochschulen Westdeutschlands an die Korporationen immer mehr über einen Streit um äußere Attribute hinausgeht und in den Rang einer prinzipiellen Auseinandersetzung rückt. Der Protest gegen das Waffen- und Couleurstudententum erschöpft sich nicht mehr darin, die Mensur nur als borrierte, ekelergregende Unsitte einer Art akademischer Halbstarker sowie das Farbtragen und das feudale Zeremoniell als dümmliche Anachronismen zu mokieren. Denn auf der anderen Seite geben sich die Korporierten in der Öffentlichkeit längst nicht mehr nur als biedere Traditionshüter, apolitische Geselligkeitsliebhaber und ritterliche Ehrenmänner wie bei ihrem Wiederauftreten zu Beginn der fünfziger Jahre. Die hinter dieser Maske immer offener und immer frecher zutage tretende, von einer Garde alter Herren gehegte und gepflegte politische Tendenz ist es, die zunehmend einen energischen Unwillen nicht geringer Teile der westdeutschen Studenten- und Professorenschaft hervorruft. Man entsinne sich nur der vor einigen Monaten erfolgten Abwahl des Korpsstudenten Dieppen von seinem Posten als ASIA-Vorsitzender der Westfälischen „Freien Universität“, verbunden mit der Veröffentlichung einer entlarvenden Dokumentation über den Geist nationalistischen Dünkels und politischen Abenteuerismus in den Verbindungen, oder man denke an die wiederholten sich davon distanzierenden Erklärungen namhafter Gelehrter:

1000 Münchner Korporationsgegner

Ein jüngstes Beispiel ist ein Entschluß, mit dem sich 1000 Studenten der Technischen Hochschule in München bei der ASIA-Vollversammlung gegen eine Lizenzierung korporierter Organisationsformen wandten (nur etwa 500 stimmten dafür), womit der Senat der Hochschule angewiesen ist, keine schlagenden und farbentragenden Verbindungen mehr zuzulassen sowie bestehende Lizenzen aufzuheben. In der Diskussion hatten die Studenten den Korporationen vorgeworfen, die Einheit der Studenten zu spalten sowie restaurative und reaktionäre Tendenzen zu pflegen und zu verbreiten.

... getadelt vom ältesten Alten Herrn

Diese Feststellung bekräftigt uns von anderer Seite her kein Geringerer als der älteste Alte Herr des katholischen Studentenvereins „Arminia“ in Bonn, Dr. Konrad Adenauer, als er sich auf der 100-Jahr-Feier dieser Verbindung einfügte für die Korporationen einsetzte und die Mehrzahl der Münchener TH-Studenten schulmeisterlich belehrte: „Die jungen Leute haben Unrecht, die den Antrag gestellt haben.“ Der Student bedürfe einer „besonderen Atmosphäre“, die ihn „ganz unbemerkt erlebte“, und die finde er in den Korporationen. Welche Atmosphäre er dabei vor Augen hat, enthüllte er mit der Bemerkung, auf ihn habe die Atmosphäre der Korporationen sein ganzes Leben, hindurch bis zum heutigen Tage eingewirkt. Daran zu zweifeln gibt es nun wohl nicht den geringsten Grund, jedoch sollte man an-

nehmen, daß solche Werbungen aus dem Munde eines Bankrotteurs wenig geeignet sind, die Münchner Studenten zu bekehren.

Staatstragend ...

Deutlich genug brachten in letzter Zeit eine Reihe Repräsentanten des Bonner Staates zum Ausdruck, welche Rolle sie den Korporationen heute zurechnen, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Adolf Sösterhenn, der sie auf einer Veranstaltung in Bonn mit einer dreizehnhundertköpfigen Ehrenkollonne aus 39 Chargierten im Rücken zu den „staatstragenden Kräften“ zählte und an sie appellierte, sich dem Adenauer-Staat jederzeit verpflichtet zu fühlen.

Unter dem frenetischen Beifall der Waffenträger forderte der Direktor des „Stiftersverbandes für die deutsche Wissenschaft“, Dr. Nord, die „Front der Freiheit“ müsse gegen die „kommunistische Bedrohung“ gerüstet sein und sprach vom „brutalen Willen zum persönlichen Einsatz gegen die Gefahr“. „Eine wahre We-



vereinerung kann es nur von einer Position der Stärke aus geben, hier sind wir ein betont politischer Verband“, rief ihnen Dr. Nord zu. Ihre Antwort in Gestalt aller drei Strophen des „Deutschlandliedes“ zeugte davon, daß sie ihn wohl verstanden hatten und daß hier Revanchisten unter sich waren, ebenso wie beim 50. Stiftungsfest der Burschenschaft „Rheo-Arminia“ in Heidelberg, wo die Korporierten die Forderung, nicht „auf deutsches Land im Osten zu verzichten“, gleichermaßen mit dem „Von der Maas bis an die Memel“ bekräftigten.

... vom Staat getragen

Dabei erschöpft sich das bezeichnend gute Einverständnis zwischen dem Bonner Staat und den Verbindungen durchaus nicht in gegenseitigen Sympathieerklärungen. Seit zwei Jahren erhalten die korpsstudentischen Dachorganisationen „Deutsche Burschenschaft“ und „Coburger Convent“ wegen „staatspolitisch wertvoller Tätigkeit“ offizielle Unterstützungen aus dem Bundesjugendplan, während beispielsweise dem stark antimilitaristisch orientierten „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) als „nicht förderungswürdig“ kürzlich diese Zuwendungen entzogen wurden.

Gewaltpolitik nach außen ...

„Staatspolitisch wertvoll“ aber ist es, wenn die Korporierten den Worten des bereits zitierten Dr. Nord entsprechend zu handeln streben: die Auseinandersetzung mit dem „kommunistischen Osten“ nicht „allein mit Sozialpaketen, mit Lohn-

erhöhungen, mit Freisetzerweiterungen und all den Begleiterscheinungen aufgedeckter Arbeitsmoral“ zu führen und so „Zuschauer des eigenen Untergangs“ zu sein. Und diese Worte — gleichermaßen Maßhaltappell nach innen wie Aufruf zur unfriedlichen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus — beherzigen die Farbenträger nicht nur durch marktschreierische revanchistische Stimmungsmache und verzweifeltes Zusammenwirken mit den Bonner Revanchistenbünden. Durch Verbreitung chauvinistischer und revanchistischer Gedankengutes sowie eine demgemäße Erziehung von akropellösen, im Stahlbad der Mensur moralisch abgehärteten „Persönlichkeiten“, sondern u. a. auch durch Unterstützung einer reaktionären Hochschulpolitik.

... antidemokratisch im Innern

In welcher Richtung die Korporationen eine „Lösung“ der schleichenden Krise im westdeutschen Hochschulwesen anstreben, brachte jüngst der Vorsitzende des Corpsphilisteryverbandes des Münchner Seniorenkonvents auf einem Festkommers zum Ausdruck, als er unter dem Schlagwort „gegen Vernassung“ vor einem „steigenden Verlangen nach Bezahlung des Studiums durch den Staat“ warnte. Das aber bedeutet in der Konsequenz nichts anderes als Verschärfung des ohnehin strengen bürgerlichen Bildungsprivilegs und absolute Senkung der Studentenzahlen.

50 000 „Aktive“ ...

Nichts ändert sich am Wesen der Korporationen dadurch, daß Revanchismus als Vaterlandstreu, bedingungslose Willfährigkeit als Männlichkeit und nationalistischer Fanatismus als Toleranz drapiert werden. Der Bonner Staat und die Verbindungen sind ein Herz und eine Seele, er betrachtet sie als seine ideologische Avantgarde unter der studentischen Jugend. Und tatsächlich stellen die Korporationen an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen wieder eine kompakte Macht dar. Wie aus einer dokumentarischen Untersuchung des westdeutschen Publizisten Georg Herde hervorgeht, existieren 1050 schlagende und nichtschlagende farbentragende Verbindungen mit 50 000 Mitgliedern.

... und eine wachsende Zahl Widersacher

Jedoch kann man, ohne den Einfluß des Korpsstudententums unterzubewerten, feststellen, daß immer größere Gruppen westdeutscher Studierender aktiv Front machen gegen den alten Geist im alten Gewande. Daß sich die Auseinandersetzung in der bezeichnenden Weise zuspitzt, muß selbst ein so prominenter Alter Herr wie der bereits genannte CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Sösterhenn eingestehen: „Leider muß man feststellen, daß gewisse Kreise den studentischen Korporationen nicht nur jegliche Qualität als Erziehungsfaktor absprechen, sondern darüber hinaus die Existenzberechtigung der studentischen Korporationen überhaupt verneinen.“

Wie man sieht, zieht die Aktivität der „gewissen Kreise“ schon bedeutende Güter Lippold

Wer muß sich da schämen

Gleich zweimal vor Begeisterung teilt die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ (Köln) in ein und derselben Ausgabe triumphierend mit, daß der Würzburger Professor des Völkerrechts von der Heyde rehabilitiert sei und der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), gegen den er prozessierte, eine Niederlage habe hinnehmen müssen. Hönisch kommentiert sie: „Es wird interessant sein, ob diejenigen, die seinerzeit die Erklärungen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes eifrig popularisiert haben, jetzt auch das Urteil veröffentlichen werden.“ Wir zählen uns zwar nicht zu den Propagandisten des SHB, haben aber ausführlich über sein Auftreten gegen den Rassenhetzer von der Heyde berichtet (vgl. UZ vom 23. 4. 1963) und sehen jetzt noch weniger einen Grund, schamhaft über das in dieser Sache ergangene Urteil zu schweigen.

Dieses Urteil — so wie es von der „Deutschen Zeitung“ zitiert wird — ist so mager, so nichtssagend, so wenig die Vorwürfe des SHB entkräftend, daß man sich fragt, was das Blatt eigentlich zu lachen hat. Es schreibt, daß eine einstweilige Verfügung, wonach dem SHB die Äußerung „hemmungsloser Nationalsozialist“ und von der Heyde habe seinerzeit „die Jugend angefeuert, sich aber zurückgezogen, als es zu Ende ging“ untersagt wurden, jetzt in der Hauptverhandlung bestätigt wurde. Das ist alles. Wer aber — offensichtlich im Gegensatz zur „Deutschen Zeitung“ — besser über die Affäre im Bilde ist, der weiß, daß die Vorwürfe sich nicht in den hier untersagten Bezeichnungen erschöpfen. Daß die Zeitung aber wirklich nicht von Sachkenntnis getrübt ist, mögen diese schnoddrigen Zeilen belegen: „Heyde ... geriet mit einem Mal in heftiges Feuer, als er bekannte, zur Einleitung des Verfahrens gegen den Soligel beigetragen zu haben. Wie meist in solchen Fällen wurde ihm jetzt plötzlich, wahrscheinlich, weil er ein hochdekoriertes Offizier des zweiten Weltkrieges war, Nazismus und Vorliebe für Rassenkriminalität vorgeworfen.“

In der Tat aber nicht deshalb, weil er ein hochdekoriertes Nazioffizier, noch weil er den „Spiegel“ denunzierte, noch weil er dafür von Strauß hoch dekoriert wurde (als erster wurde er Brigadegeneral der Reserve), beschuldigte ihn der SHB der Rassenhetze, sondern weil er tatsächlich Rassenhetze betrieb — am 11. Juli 1952 in einem völkerrechtlichen Seminar der Würzburger Universität — und zwar folgendermaßen: „Der Neger ist zur Selbstbeherrschung und Selbstzucht nicht fähig. Es war der größte Fehler westlicher Kolonialpolitik, daß nicht vor 50 Jahren schon die Schwarzen von der Herrenrasse ausgewiesen wurden oder aber vernichtet worden sind.“ ... Der Weiße kann sich vor den Farbigen nur durch völlige Apartheid retten. Diese Apartheid muß rigoros durchgeführt werden.“ „Der animalische Vermehrungstrieb der andersfarbigen Rasse ist zu stark.“ ... Und so fort. Von der Heyde hatte seinerzeit großmütig erklärt, diese Äußerungen seien „erstunken und erlogen“ und daraufhin Strafanzeige erstattet, worauf der SHB erklärte, jederzeit den Wahrheitsbeweis antreten zu können. Doch über diesen eigentlichen Gegenstand der Auseinandersetzung verläutet jetzt kein Sterbenswörtchen mehr, und die in ihrer Begründung durch nichts erschütterte Forderung an den bayerischen Kultusminister Maunz, den Rassenhetzer von der Heyde zu beurlauben und disziplinarisch zu bestrafen, ist bis heute unerfüllt.

Jedoch darauf zu warten, daß die „Deutsche Zeitung“ diese ganze Wahrheit veröffentlicht, wird sich gewißlich nicht lohnen.

Freibrief für Rassisten

Vier ägyptische Studenten, die in Westdeutschland studierten, mußten jetzt auf Anordnung der Bonner Regierung innerhalb von 24 Stunden das Land verlassen. Die Ausweisung erfolgte, weil sich die Studenten gegen die antisarabischen Ausfälle eines Lehrers verwehrten.

MARGINALIEN

Freiheiten

Hitler habe den Juden den Krieg erklärt und die Tötung durch Uniformierte vollziehen lassen, so daß ihre Taten nicht mit einem zivilen Mord zu vergleichen seien. Zu dieser unverfrorenen Verteidigung der nazistischen Verbrechen verließ sich der Ordinarius an der Hamburger Universität und Direktor des Psychologischen Instituts, Prof. Peter R. Hofstätter, auf einer öffentlichen Diskussion des liberalen Studentenbundes in Hamburg. Die „Frankfurter Rundschau“ bemerkt dazu ironisch, bei der Unzulänglichkeit des Bonner Rechtswesens brauche sich der Professor — gegen den Anzeige wegen Verunglimpfung von Verfolgten des Naziregimes erstattet wurde — jedoch keine Sorgen machen, abgeurteilt zu werden, „seine Äußerungen sind, da sie keine Formbeleidigung enthalten, juristisch schwer faßbar“.

Bei Strauß von Korruption zu sprechen, bricht hinter Gitter manchen Ehrenmann. Faschistisch darf in Bonn sich jeder äußern, weil ihm kein Richter an den Karten fahren kann.

Universitätszeitung.